

Über die Vertreibung von Migranten durch das polnische Militär am Grenzübergang „Bruzgi“

Am 16. November 2021 versuchten polnische Sicherheitskräfte, eine Gruppe von Migranten, die sich an der belarussisch-polnischen Grenze in der Nähe des Grenzübergangs „Bruzgi“ angesammelt hatte, gewaltsam zu vertreiben.

Dabei wurden verschiedene Arten an Spezialmitteln eingesetzt, die der Gesundheit der Migranten, unter denen viele Kinder und Frauen, einschliesslich schwangerer Frauen, waren, ernsthaften Schaden zufügten. Die polnischen Sicherheitskräfte setzten insbesondere Wasserwerfer, Tränengas, Blend- und Lärmgranaten ein, teilweise wurden chemische Reizstoffe mit Wasserwerfern versprüht, was zu Tränenfluss, Husten, Verbrennungen von Schleimhäuten, Augen und Haut führte (**Bilder 1-10**).

Eine Analyse des Staatlichen forensischen Komitees von Belarus ergab, dass Deltamethrin der Hauptbestandteil des am Tatort entnommenen chemischen Gemischs war. Es ist ein Insektizid, eine chemische Verbindung, die zur Bekämpfung von Insekten verwendet wird und stark reizend ist.

Nach dem Vorfall beantragten etwa zehn Migranten medizinische Hilfe, auch aufgrund von Verätzungen durch den Kontakt mit einer Chemikalie. Auch mehrere Mitarbeiter des belarussischen Grenzschutzdienstes bekamen chemische Verätzungen (**Bild 11**).

Unter dem Einsatz von Spezialmitteln litten auch zahlreiche Filmteams ausländischer und belarussischer Medien, die über den Vorfall vor Ort berichteten. Teilweise fielen Journalisten unter den Strahl von Wasserwerfern, wenn sie sich nicht im Gedränge der Flüchtlinge befanden, was den gezielten Einsatz von Spezialmitteln durch die polnischen Sicherheitskräfte gegen Medienschaffende nicht ausschliessen lässt.

Gleichzeitig verweigert die polnische Seite Journalisten sowie Ärzten und NGO-Vertretern nach wie vor Zugang zum an Belarus angrenzenden Gebiet. Diejenigen, die es wagen, sich dieser Zone zu nähern, werden sofort von polnischen Sicherheitskräften festgenommen, auf die Polizeistation gebracht und mit einer hohen Geldbusse belegt. Ein krasses Beispiel ist die jüngste Inhaftierung und Geldstrafe für Journalisten der französischen Redaktion des Fernsehsenders RT.

Handlungen des polnischen Militärs verstossen eindeutig gegen eine Reihe von internationalen und bilateralen Normen und Verträgen, darunter über die Zusammenarbeit in der Grenzzone. Einsatz von Spezialmitteln in der Nähe und im gesamten Hoheitsgebiet eines souveränen Staates erfordert eine sachgerechte rechtliche Beurteilung mit allen geeigneten Massnahmen gegen den Provokateur.

Die belarussische Seite leitet unter Beteiligung internationaler Organisationen eine Untersuchung der verantwortungslosen Provokation der polnischen Behörden ein.

Bild 1*Bild 2*



Bild 5*Bild 6*

Bild 7*Bild 8*

Bild 9*Bild 10*

Bild 11